



NIEDERSCHRIFT

| | |
|----------------|--|
| Gremium | Finanz- und Wirtschaftsausschuss |
| Sitzungsnummer | FuW/026/2013 |
| Datum | Dienstag, den 25.06.2013 |
| Sitzungsbeginn | 18:20 Uhr |
| Sitzungsende | 20:25 Uhr |
| Sitzungsort | Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG) |

Anwesend:

vom Gremium

| | | |
|------------------------------|---------------------------|------------------------------|
| Herr Thomas Heyer | Ausschussvorsitzender | CDU |
| Frau Christa Lefèvre | Fraktionsvorsitzende | FW |
| Herr Karl-Heinz Kinkler | Stadtverordneter | SPD |
| Herr Waldemar Kleber | Stadtverordneter | SPD |
| Herr Tobias Rompf | Stadtverordneter | SPD |
| Herr Udo Volck | Stadtverordnetenvorsteher | SPD (i.V.f. Stv. Schäfer) |
| Herr Klaus Breidsprecher | Stadtverordneter | CDU |
| Herr Karl Hedderich | Stadtverordneter | CDU |
| Frau Amber Luitjens-Taylor | Stadtverordnete | Bündnis 90/Die Grünen |
| Frau Dr. Heidi Bernauer-Münz | Stadtverordnete | Bündnis 90/Die Grünen |
| Herr Thomas Schermuly | Stadtverordneter | FDP (i.V.f. FrkV Dr. Bürger) |

vom Magistrat

| | | |
|-----------------------|-------------------|-----------------------|
| Herr Wolfram Dette | Oberbürgermeister | FDP |
| Herr Norbert Kortlüke | Stadtrat | Bündnis 90/Die Grünen |

von der Verwaltung

| | |
|----------------------|--|
| Herr Rainer Dietrich | Wirtschaftsförderung/ Geschäftsführung Stadt- Marketing Wetzlar e.V. |
| Herr Stefan Kaiser | Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar |
| Herr Andreas Schäfer | Kämmerei |
| Herr Armin Schöffner | Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar |

AV H e y e r eröffnete die 26. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss mit 11 Mitgliedern beschlussfähig ist.

Es bestand Einvernehmen, TOP 2 und 3 in der Tagesordnung vorzuziehen und die nachgereichte Grundstücksvorlage DS 1521/13 - II/101 aufzunehmen.

Die Tagesordnung wurde einvernehmlich wie folgt geändert:

Aufnahme des **TOP Windkraftprojekt in Wetzlar - weiteres Vorgehen** - (DS 1494/13 - I/325). Es erhob sich kein Widerspruch, diese Vorlage nach TOP 2 und 3 zu behandeln und anschließend mit TOP 1 fortzufahren.

Tagesordnung:

- 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.05.2013**
- 2 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
Feststellung des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 1511/13**
- 3 Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar
Feststellung des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 1509/13**
- 4 Windkraftprojekt in Wetzlar
- weiteres Vorgehen -
Vorlage: 1494/13**
- 5 Investitionszuschuss KulturStation
Vorlage: 1462/13**
- 6 Produktkonto Nr. 1420100.843840006
Beschaffung imm. Vermögen; Konzept erneuerbarer Energien
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 1492/13**
- 7 Übertragung von zwei Ausfallbürgschaften von der Altenzentrum Wetzlar
gGmbH auf die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH (WWG)
Vorlage: 1491/13**
- 8 Siedlungspotenziale - Priorisierung der potentiellen Wohnbauflächen
Vorlage: 1495/13**
- 9 Neubau Rad- und Gehweg vom Bahnhof Wetzlar zur Rittal-Arena / Wolfgang-
Kühle-Straße inkl. Anschluss Lahntal-Radweg
Vorlage: 1470/13**
- 10 Amt für Bodenmanagement
-Anlaufstelle Wetzlar-
Vorlage: 1481/13**

11 Neuausrichtung Adventsdorf Altstadt
Vorlage: 1461/13

12 Ergebnisse ZENSUS 2011
Vorlage: 1500/13

13 - 17 Grundstücksangelegenheiten

18 Verschiedenes

zu 1 Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 22.05.2013

Mitteilungen

Anwesen Kornmarkt 1 (Adler-Keller)

OB D e t t e teilte mit, dass das Objekt zwischenzeitlich Gegenstand einer Zwangsversteigerung sei; die Stadt prüfe, ob sie mitbieten werde. Das Thema werde im Ältestenrat nochmals zu erörtern sein.

Anfragen

„Kanu Lahn-Dill“ (Garbenheimer Straße 21)

Stv. D r o ß informierte, dass der Kanuverleih gegenüber der ehem. Brauerei Euler öffentliche Flächen als Parkplatz nutze und zum Teil den Radweg zustelle. Er bat um Prüfung, ob eine städtische Absprache mit dem Gewerbebetrieb existiere, in der dieses Verhalten geduldet werde. OB D e t t e sagte Beantwortung zu.

Abbau von Beschilderungen

Stv. B r e i d s p r e c h e r bat um Auskunft, wie man mit Park- und Halteverböten in unmittelbarer Nachbarschaft umzugehen habe, die „völlig unsinnig“ seien, z. B. auf der Rückseite vom „Schützengarten“. Er sei der Auffassung, dass das Thema aufgegriffen werden solle. OB D e t t e bat darum, fragliche Beschränkungen zu identifizieren und über ihn oder direkt an das Ordnungsamt zu melden.

Hundeausläufe

Stve. Dr. B e r n a u e r - M ü n z erinnerte an ihre Anfrage zum Thema „Hundeausläufe“. OB D e t t e sagte zu, die Angelegenheit anzumehmen.

Niederschrift vom 22.05.2013

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 2 Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar - Feststellung des Jahresabschlusses 2012
Vorlage: 1511/13

Zu Beginn seiner Ausführungen stellte Wirtschaftsprüfer R u h m a n n fest, dass der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt worden sei. Schwerpunkte seiner weiteren Darlegungen bezogen sich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs Stadtreinigung Wetzlar. Die Betriebsleitung habe die einschlägigen Rechtsvorschriften beachtet, Geschäftsvorfälle seien ordentlich abgewickelt, die Berichtspflicht gegenüber der Betriebskommission erfüllt und Beschlüsse der Gremien eingehalten worden. Die Prüfung der RPA Treuhand GmbH habe zu keinen Einwendungen geführt.

Stv. B r e i d s p r e c h e r und Stv. K l e b e r bezogen sich mit Fragen auf Optimierungsmöglichkeiten in der Abfallentsorgung. Herr R u h m a n n sah Chancen durch den Einsatz technisch verbesserter Fahrzeuge (z. B. Seitenlader), eine Routenoptimierung, Überprüfung der Altersstruktur des Personals sowie der Krankheitskosten. Dies seien Maßnahmen, die die Betriebsleitung bereits ergriffen habe.

Stv. K l e b e r erkundigte sich nach den Fremdleistungen (Aushilfskräfte) und die dadurch entstandenen Kosten 2012. Herr S c h ä f f n e r berichtete, dass aufgrund der hohen krankheitsbedingten Fehlzeiten die Notwendigkeit bestanden habe, regelmäßig Personal aus der Straßenreinigung oder dem Leiharbeiterbereich anzufordern. Der Leiharbeitereinsatz bei der Abfallentsorgung habe im letzten Jahr rd. 120.000 € betragen. Die ergänzende Frage des Stv. K l e b e r nach einem möglichen Zusammenhang der Personalausfälle mit den Hessentagsaktivitäten 2012 wurde verneint. Es handele sich um einen Bereich, der außerordentlich körperlich anstrengend sei, so Herr S c h ä f f n e r.

StR K o r t l ü k e konkretisierte mögliche Einsparpotenziale im Bereich der Abfallentsorgung, die von Arbeitsgruppen analysiert werden sollen:

- Betrieb gewerblicher Art, z. B. Containerdienst
- Personalressourceneinsatz (2012 über 10 % Krankheitsquote)
- Fahrzeugressourceneinsatz (Seitenladereinsatz in Außenbereichen, Nutzung von Miet- statt Eigentumsfahrzeugen)
- Einführung des Identsystems sowie die Überprüfung der Tourenplanung
- Wertstoffhof

Erste Vorschläge für strukturelle Veränderungen in der kommunalen Abfallwirtschaft sollen bis Ende 2013 unterbreitet werden.

Stv. B r e i d s p r e c h e r ging in seiner Beurteilung von einer gleichbleibenden Krankheitsquote und damit unveränderten Personalkosten 2013 aus. Herr S c h ä f f n e r berichtete von längeren Krankenhausaufenthalten einiger Mitarbeiter im letzten Jahr. Er gehe daher davon aus, dass die Situation sich in diesem Bereich etwas entspannen werde.

Stv. H e d d e r i c h fragte an, ob hinsichtlich der Rückstellungen zum Leistungsentgelt zwischenzeitlich Regelungen getroffen worden seien. Herr S c h ä f f n e r erläuterte, dass man derzeit den Abschluss einer Vereinbarung vorbereite, die das Ziel habe, künftige Rückstellungen zu vermeiden.

Auf die Frage der FrkV **L e f è v r e** nach dem Grund des Rückganges von Containerdienstleistungen (Krankenhausabfälle u. a.) teilte Herr **S c h ä f f n e r** mit, dass man im Wettbewerb einen Auftrag verloren habe.

Stv. **D r o ß** erkundigte sich nach der Höhe der Krankheitsquote in der Stadtverwaltung insgesamt. OB **D e t t e** gab zur Kenntnis, dass diese ungefähr zwischen 7 - 8 % liege.

Stv. **R o m p f** bat um Information zur Option einer krankheitsbedingten Kündigung von Mitarbeitern. Herr **S c h ä f f n e r** führte aus, dass das Thema „Personalressourceneinsatz“ bei der aktuellen Analyse intensiv geprüft werde. Dabei gehe es um die Betrachtung von Handlungsspielräumen in Einzelfällen, ggf. mit externer Hilfestellung. StR **K o r t l ü k e** ergänzte, dass er zwischenzeitlich ein umfassendes Gespräch mit der Betriebsleitung, dem Personalratsvorsitzenden und einem Vertreter der Gewerkschaft ver.di geführt habe.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** thematisierte die auf 27,6 % des Gesamtkapitals gesunkene Eigenkapitalquote (Vorjahr: 32,5). Herr **R u h m a n n** wies auf den zukünftig folgenden Ausgleich der vorgetragenen Verluste hin, der nicht unbedingt mit Barmitteln, sondern auch durch Forderungsverzicht oder Verrechnung geschehen könne. Die Eigenkapitalquote werde sich wieder heben.

Abstimmung der Betriebskommission: 9.0.0

Abstimmung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses: 11.0.0

zu 3 Eigenbetrieb Wasserversorgung Wetzlar Feststellung des Jahresabschlusses 2012 Vorlage: 1509/13

Wirtschaftsprüfer **K u c k** teilte mit, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Bechtold & Bechtold GmbH den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt habe. Der Jahresabschluss 2012 entspreche den gesetzlichen Vorschriften und vermittele unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Die Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter sei angemessen und inhaltlich zutreffend. Die Prüfung habe zu keinen Einwendungen geführt. Herr **K u c k** führte weiter aus, dass die Betriebsleitung Risiken in weiter sinkenden Wasserverbrauchsmengen sehe. Bei Beibehaltung der gegenwärtigen Erlösstruktur sei auch in den kommenden Jahren mit Verlusten zu rechnen. Trotz der 2012 erfolgten Eigenkapitalerhöhung in Höhe von 300.000 € sei ein Jahresverlust von rd. 125.000 € zu verzeichnen. Als Folge seien Eigenkapitalausstattung und Gebührenkalkulation zu überprüfen.

Stv. **K l e b e r** bat um Information über den städtischen Wasserbezug aus Aßlar. Herr **S c h ä f f n e r** erläuterte, dass es sich um eine seit vielen Jahren bestehende Querverbindung zwischen den Wassernetzen der beiden Städte handele, die zum Ziel habe, einen Ausgleich bei kurzfristigem Wassermehrbedarf in beide Richtungen zu ermöglichen. Die für die Leitungsspülung dieser Querverbindung erforderliche Wassermenge beurteilte Herr **S t e i n** (enwag) als gering.

Stv. **H e d d e r i c h** fragte nach Möglichkeiten, wie ein Ausgleich der negativen Eigenkapitalausstattung zu erreichen sei. OB **D e t t e** erklärte, dass man zu prüfen habe, ob

im Zuge des Nachtragshaushaltsplanes 2013 Mittel für eine Eigenkapitalaufstockung bereitgestellt werden können. Er gehe davon aus, dass eine kostendeckende Gebührenbedarfsberechnung 2014/15 Grundlage für die Erhebung der Wassergebühren sein werde.

Stv. K l e b e r wies auf eine gegenwärtig positive Bilanz im Wassersektor der enwag hin. OB D e t t e legte dar, dass die enwag Wasserlieferungen nicht nur für die Stadt Wetzlar, sondern teilweise auch für Aßlar vorgenommen habe. Mögliche Erträge seien differenziert zu prüfen und im Rahmen einer Diskussion über eine Gebührenbedarfsberechnung entsprechend zu berücksichtigen.

Abstimmung der Betriebskommission: 8.0.0

Abstimmung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses: 11.0.0

zu 4 Windkraftprojekt in Wetzlar
- weiteres Vorgehen -
Vorlage: 1494/13

StR K o r t l ü k e informierte darüber, dass man in den letzten Wochen intensive Gespräche mit mehreren Projektentwicklern geführt habe, die auf die Stadt Wetzlar zugegangen seien, darunter die Köhler Renewable Energy GmbH (KRE)/NewEN und die ABO Wind AG. Die Vorlage ziele auf die Fassung eines Grundsatzbeschlusses, mit wem die Stadt weiter verhandeln solle (Abgabe einer Absichtserklärung mit KRE und enwag zur Projektierung eines Windparks - „letter of intent“). Nach Auffassung der Stadt Wetzlar und der enwag solle die Köhler Gruppe mit ihrem Partner NewEN der weitere Verhandlungspartner sein. Diese habe in den geplanten Vorranggebieten bereits Flächen des Prinzen Solms-Hohensolms-Lich langjährig gepachtet. Favorisiert werde kein reines Pachtmodell, in dem die Flächen einem Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, sondern ein Betreibermodell, in dem die Stadt Wetzlar über ihre Beteiligung an der enwag Bestandteil einer Projekt- und Betreibergesellschaft werde. Bürgerinnen und Bürger sollen ebenfalls die Möglichkeit erhalten, sich in einer anderen Beteiligungsform in die Betreibergesellschaft einzubringen. Auf den geplanten Flächen sei die Projektierung von ca. 7 Windkraftanlagen möglich. Im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit mit Aßlar könne sich diese Anzahl in der Betreibergesellschaft auf 11 erhöhen.

Stv. B r e i d s p r e c h e r zeigte sein Unverständnis über die Absetzung des TOP „Windkraft“ auf der heutigen Tagesordnung und bat darum, wichtige Vorlagen für den Finanzausschuss zukünftig zu berücksichtigen. OB D e t t e machte deutlich, dass mit der Vorlage lediglich eine Vorauswahl im Rahmen eines „letter of intent“ getroffen werden solle. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Verhandlungen habe die Stadtverordnetenversammlung zu einem späteren Zeitpunkt über eine gesonderte Vorlage zu entscheiden.

Stv. B r e i d s p r e c h e r erkundigte sich nach dem Erfordernis einer europaweiten Ausschreibung, die Stadt solle nicht in eine „Ausschreibungsfalle“ geraten. StR K o r t l ü k e erklärte, das Rechnungsprüfungsamt sei zum Ergebnis gekommen, dass man den Betrieb eines Windparks unter Beachtung der hierzu bestehenden Rechtsprechung/Rechtsauslegung vergabefrei realisieren könne. Er stehe auch in engem Kontakt mit dem Rechtsamt und habe die vergaberechtliche Frage bei allen zu führenden Gesprächen im Blick.

Auf die Frage des Stv. **H e d d e r i c h** nach dem Abstimmungsergebnis des Ortsbeirates Blasbach teilte StR **K o r t l ü k e** mit, dass dieses Gremium mit 5.1.1 zugestimmt habe.

Abstimmung: 8.0.3

zu 5 Investitionszuschuss KulturStation
Vorlage: 1462/13

Stv. **H e d d e r i c h** bat um Auskunft, ob der Betrag von 5.000 € als Wirtschaftsförderung an einen gewerblichen Betrieb zu verstehen sei. OB **D e t t e** bestätigte, dass die KulturStation kein eingetragener Verein, sondern eine freie Kultureinrichtung sei. Diese solle einen einmaligen Investitionszuschuss zur Anschaffung eines Klaviers erhalten, der unter Eigentumsvorbehalt gestellt werde. Nur für den Fall, dass die KulturStation weiterhin öffentliche Veranstaltungen anbiete, stelle man die Mittel zur Verfügung. Wenn innerhalb einer Frist von 10 Jahren der Betrieb eingestellt werde, müsse entweder eine anteilige Rückzahlung erfolgen oder das Klavier zurückgegeben werden.

Stv. **K l e b e r** teilte mit, dass die SPD sich wegen Gesprächsbedarf in der morgigen Fraktionssitzung der Stimme enthalten werde.

Abstimmung: 7.0.4

zu 6 Produktkonto Nr. 1420100.843840006
Beschaffung imm. Vermögen; Konzept erneuerbarer Energien
Aufhebung eines Sperrvermerkes
Vorlage: 1492/13

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 7 Übertragung von zwei Ausfallbürgschaften von der Altenzentrum Wetzlar gGmbH auf die Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH (WWG)
Vorlage: 1491/13

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 8 Siedlungspotenziale - Priorisierung der potentiellen Wohnbauflächen
Vorlage: 1495/13

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** interessierte zu erfahren, "wann die ersten Bagger am Raselberg anrollen werden". OB **D e t t e** gab zur Antwort, dass der Magistrat nach positiver Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung über die Prioritätenliste den magistratsinternen Sperrvermerk in einer der nächsten Sitzungen aufheben werde. Die im

Haushalt 2013 vorgesehenen Mittel würden für Erschließungsmaßnahmen am Rasselberg Verwendung finden.

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich nach den Auswahlkriterien zur Vergabe städtischer Baugrundstücke. OB D e t t e verwies auf das unverändert gültige Punktesystem, das sich bereits in anderen Bereichen bewährt habe und bei Auswahlentscheidungen herangezogen werde.

Abstimmung: 11.0.0

zu 9 **Neubau Rad- und Gehweg vom Bahnhof Wetzlar zur Rittal-Arena / Wolfgang-Kühle-Straße inkl. Anschluss Lahntal-Radweg**
Vorlage: 1470/13

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 11.0.0

zu 10 **Amt für Bodenmanagement**
-Anlaufstelle Wetzlar-
Vorlage: 1481/13

OB D e t t e berichtete, dass er sich zu dieser Thematik umfangreich für die Stadt Wetzlar verwendet habe. Er habe dem Ministerpräsidenten ein Schreiben geschickt, den Wirtschaftsminister auf die Interessenslage hingewiesen und eine Stellungnahme für den Hessischen Städtetag verfasst. Leider bleibe es bei der Vorlage des Ministeriums, die darauf abziele, Außenstellen zu reduzieren. In Wetzlar handele es sich um eine Größenordnung von 5 - 6 Vollzeitäquivalenten.

Stv. K l e b e r wertete einen Zusammenschluss betroffener Kommunen als Chance. OB D e t t e sah die Möglichkeit als gering an, dass es nach den Anhörungen noch Änderungen im Verfahren geben werde. Die Stadt müsse in absehbarer Zeit eine Kompensation erhalten, um die Landespräsenz für Wetzlar zu sichern.

Stv. K i n k l e r bat um Auskunft, wie sich die hiesigen Landtagsabgeordneten in der Frage positioniert haben. OB D e t t e legte dar, dass jeder Landtagsabgeordnete sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Region einsetze, jedoch für das gesamte Land Hessen Verantwortung zu tragen habe.

Stv. H e d d e r i c h erkundigte sich nach dem Sachstand „Kreiswehersatzamt“ (Gebäude Spilburgstraße 6). OB D e t t e berichtete über den vorliegenden Vertragsentwurf des Bundes. Der Kaufpreis betrage für das gesamte Objekt 810.000 € (3.500 Quadratmeter Nutzfläche und 70 Parkplätze). Er führe enge Abstimmungsgespräche mit StudiumPlus, das so schnell wie möglich 2 Drittel des Gebäudes belegen wolle. Im Kellergeschoss wolle die Stadt Archivflächen und im Obergeschoss Büros einrichten. Er stehe in Verhandlungen, Landesmittel für die Ausstattung und die Änderungsmaßnahmen einzuwerben.

Abstimmung: 7.1.3

zu 11 Neuausrichtung Adventsdorf Altstadt **Vorlage: 1461/13**

OB **D e t t e** informierte über die Anregung des Kulturausschusses, nach dem ersten Jahr einen Erfahrungsbericht des Magistrats zu erhalten.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** bezeichnete das Vorhaben als „Schildbürgerstreich“ und führte aus, dass es ein Trugschluss sei zu glauben, die Eislaufbahn werde eine große Besucherresonanz bewirken. Außerdem sei eine Verlagerung des Adventsdorfes vom Schillerplatz auf den Domplatz nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht erfolgversprechend.

OB **D e t t e** erklärte, dass die Aktivitäten des Stadtmarketings darauf zielen, die Oberstadt stärker in den weihnachtlichen Betrieb einzubeziehen, den Wochenmarkt zu integrieren und mit zwei Standorten die Attraktivität der Altstadt zu erhöhen. Die große Mehrheit des Stadtmarketings habe sich für die Maßnahme ausgesprochen, bei den Altstadthändlern sei die Auffassung unterschiedlich gewesen.

Herr **D i e t r i c h** teilte auf die Fragen von StvV **V o l c k** mit, dass der Vertrag mit dem jetzigen Betreiber des Adventsdorfes Ende 2013 auslaufe. Diese Vereinbarung habe die Ausführung von Infrastrukturleistungen durch den Verein beinhaltet. Die aktuelle Ausschreibung „Adventsdorf Domplatz“ sehe die Regelung vor, Mittel vom Betreiber zu erhalten. Die Gestellung der Eislaufbahn auf dem Schillerplatz erfordere einen Betrag von rd. 40.000 € (Miete), der mit Hilfe von Sponsoren aufgebracht werden solle. Für den Betrieb der Bahn habe der Betreiber ein Angebot über eine an den Verein zu erbringende finanzielle Leistung vorzulegen.

Stv. **L u i t j e n s - T a y l o r** bedauerte, dass lediglich eine Mitteilungsvorlage vorhanden sei. Sie sehe große Probleme bei der Barrierefreiheit, insbesondere wegen der Bodenschräge auf dem Domplatz. OB **D e t t e** wies darauf hin, dass nicht die Stadt, sondern der Stadtmarketingverein Veranstalter des Weihnachtsmarktes sei. Es sei aber sinnvoll, die Anregungen der Stadt auf der Basis der Mitteilungsvorlage aufzunehmen. Herr **D i e t r i c h** ergänzte, dass der Stadtmarketingverein alle Anregungen aufnehmen und das Projekt mit den städtischen Gremien abstimmen werde.

Auf die Frage des Stv. **B r e i d s p r e c h e r** nach der Vertragsdauer für den Betrieb auf dem Domplatz teilte Herr **D i e t r i c h** einen Zeitraum von 5 Jahren mit, wobei nach ein oder zwei Jahren eine kritische Betrachtung der ersten Zeit erfolgen werde. OB **D e t t e** empfahl, nach 2 Jahren die Möglichkeit einer vorzeitigen Vertragsbeendigung zu vereinbaren, ohne dass Ausgleichskosten auf die Beteiligten zukommen. Es solle ein Bericht über die Entwicklung abgegeben werden.

Stv. Dr. **B e r n a u e r - M ü n z** gab die hohen Energiekosten des Projektes „Eislaufbahn“ zu bedenken und forderte eine klare Vertragsregelung mit dem Ziel, dass die Stadt diese zusätzlichen Kosten nicht übernehmen müsse.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 Ergebnisse ZENSUS 2011
Vorlage: 1500/13

Keine Wortmeldungen.

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

13 - 17 Grundstücksangelegenheiten

zu 18 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

AV H e y e r schloss die 26. Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses.

Der Ausschussvorsitzende:

Der Schriftführer:

H e y e r

G e r n e r